



Kiew zwischen Krise und Krieg

Die Hauptstadt wirkt friedlich, widerspiegelt aber die Konflikte der Ukraine. **Seiten 2 und 3**

Foto: dpa/Maurizio Gambarini

Ganz anders wirtschaften

Beim SOLIKON-Kongress dreht sich alles um die Solidarische Ökonomie. **Seite 5**

Mieten in Berlin

Verbände fordern eine soziale Wohnungspolitik vom Berliner Senat. Der will nun sein Gesetz für soziale Mieten auf den Weg bringen. **Seite 11**

Grafik: 123rf/anthonycz

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEIT



Donnerstag, 10. September 2015

70. Jahrgang/Nr. 211

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Wohlkalkulierter Amoklauf

Roland Etszel zu Erdogans Krieg gegen die Kurden

Erdogan spricht von nichts weniger als der »völligen Vernichtung« der PKK, jener militanten Organisation der türkischen Kurden, mit der er bis vor kurzem noch verhandelte. Zwar war dieser Dialog stets nur informell, aber es gab ihn, und er brachte gute Ergebnisse in dem Sinne, dass den Kurden eigentlich selbstverständliche Rechte in Bezug auf Kultur, Sprache und politische Vertretung endlich offiziell zugestanden wurden. Das nützte selbstredend auch der gesamten Türkei.

Dieser Prozess des Ausgleichs soll jetzt ein abruptes Ende finden. Die Ausdruckweise des türkischen Staatspräsidenten ist wohl ganz bewusst so martialisch gehalten, weil es daran keinen Zweifel geben soll. Und das alles wegen eines PKK-Anschlags auf Polizisten, der bereits Wochen zurückliegt? Eine Strafverfolgung der Täter durch den Staat wäre eine verständliche Reaktion gewesen. Aber die Ausrufung eines Vernichtungskrieges?

So sicher man an der politischen Reife jener PKK-Führer zweifeln darf, die jene Tat planten, so sicher dürfte auch sein, dass sie Erdogan nur willkommen Anlass war. Was aussieht wie ein Amoklauf, ist tatsächlich wohlkalkuliert, um sich der Kurdenorganisationen entledigen zu können: Der im eigenen Land namens HDP, obwohl diese sich eindeutig vom militanten Kurs der PKK distanzieren, aber sie ist Erdogan politisch zu erfolgreich. Und der in der ihm verhassten kurdischen Selbstverwaltung in Nordsyrien, die wesentlich von der PKK getragen wird.

UNTEN LINKS

Sie können ja gleich mal ein Fax mit Ihrem Angebot schicken, brüllt der hektische Mann mir ins Ohr. Ich zucke zusammen. Was für ein Angebot? Was verbindet mich mit diesem grünschnäbligen Wichtigtuere? Mit dem will ich ganz bestimmt nichts zu tun haben. Und über den Preis werden wir uns schon einig, dröhnt es erneut in meine Gehörgänge. Er sei ziemlich in Eile, schreit der Verrückte weiter, während die Riemchen seines Rucksacks im Winde flattern und außer mir halb Berlin sein Telefonat mit anhören muss. Ja doch, ich habe kapiert. Der meint nicht mich. Erleichtert drossle ich mein Tempo und überlasse mich den üblichen morgendlichen Gedanken auf dem Weg zur Arbeit. Plötzlich sehe ich, wie aus dem Rucksack des Grünschnäbels ein Bogen Papier quillt. Leider kann ich mir nicht die Augen reiben, weil ich mit beiden Händen den Lenker meines Fahrrades festhalten muss. Das wird das Fax mit dem Angebot sein, denke ich noch, bevor ich links abbiegen muss. ott

Erdogans Mob schlägt zu

Büros der prokurdischen Partei HDP und Medien im Visier türkischer Nationalisten



Die niedergebrannte HDP-Zentrale in Ankara war nicht das einzige am Mittwoch von Nationalisten angegriffene Objekt.

Foto: AFP/Adem Altan

Ankara. Das ist die Parteizentrale der HDP in der türkischen Hauptstadt Ankara, nachdem ein Mob türkischer Nationalisten am Mittwoch einen Brandanschlag darauf verübt hatte. Die HDP, die Demokratische Partei der Völker, beklagt Dutzende weitere Attacken auf ihre Einrichtungen. Auch Medien wie die Istanbulische Zeitung »Hürriyet« waren wieder Objekte des Hasses.

Der stellvertretende türkische Premier Numan Kurtulmus nahm auf einer Pressekonferenz zu den Übergriffen auf das »Hürriyet«-Gebäude und Parteibüros Stellung. »Wir verurteilen die Drahtzieher hinter diesen Ereignis-

nissen«, sagte Kurtulmus. Die Verantwortlichen würden zur Rechenschaft gezogen. Die Polizei hat nach offiziellen Angaben 93 Menschen festgenommen.

Nach Meinung der Geschädigten müsste Kurtulmus, wenn er seine Worte ernst gemeint haben sollte, auch gegen die Spitzen von Regierung und Staat vorgehen. Laut dem Vorsitzenden der HDP, Selahattin Demirtas, kam es zu mehr als 400 Übergriffen. Amateurvideos in sozialen Netzwerken zeigten die Beschädigung kurdischer Geschäfte. Demirtas gab laut dpa Premier Ahmet Davutoglu und Präsident Recep Tayyip Erdogan die Schuld an

der eskalierenden Situation. »Die von einer Hand gelenkte Angriffsaktion wird von der Regierung ausgeführt«, sagte Demirtas. »Hürriyet«-Herausgeber Sedat Ergin kritisierte, dass Erdogan den ersten Überfall auf das Gebäude der Zeitung am Sonntag nicht verurteilt habe. Die Angreifer hätten sich so ermutigt gefühlt.

Protest gab es aus den USA. Deren Botschaft in Ankara teilte mit: »Wir sind über die Berichte gewaltsamer Ausschreitungen in der Türkei besorgt. Wir verurteilen insbesondere Angriffe auf politische Parteien oder ethnische Minderheiten.« roe/dpa Seite 8

Entschlossenes Handeln – gegen Flüchtlinge

Kommissionspräsident Juncker sieht EU in »keinem guten Zustand« / Dänemark stellt Bahnverkehr ein

Jean-Claude Junckers Rufe nach mehr Solidarität, Einigkeit und Achtung der gemeinsamen EU-Regeln haben Mitgliedstaaten wie Dänemark und Ungarn scheinbar wenig beeindruckt.

Von Katja Herzberg

Er ist ein EU-Europäer, ohne Zweifel. In allen drei Amtssprachen – Deutsch, Englisch und Französisch – hielt Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Teile seiner »Rede zur Lage der EU« und forderte alle Institutionenvertreter zum gemeinsamen Handeln auf. Denn: »Unsere Europäische Union ist in keinem guten Zustand«, so Juncker am Mittwochmorgen im Straßburger EU-Parlament. Der Kommissionschef äußerte sich ein Jahr nach Amtsantritt zu den großen Problemen der EU. Neben der Flüchtlingsfrage behandelte er Griechenland, den Ukraine-Konflikt, aber auch den Klimawandel und den

möglichen Austritt Großbritanniens aus der EU.

Für die Frage, wie die EU mit der wachsenden Zahl an Flüchtlingen umgehen müsse, nahm sich Juncker die meiste Redezeit. Wie erwartet forderte er, 120 000 weitere Asylsuchende innerhalb der EU umzuverteilen. Die Kommission unternimmt damit trotz des Widerstandes einiger Länder einen neuen Anlauf, einen verbindlichen Schlüssel zu etablieren. Bereits am kommenden Montag will Juncker mit den Innenministern der 28 Staaten seine Pläne debattieren. Dazu gehört auch ein dauerhafter Umsiedlungsmechanismus und eine EU-weite Liste »sicherer Herkunftsländer«.

Juncker erntete großen Applaus im Parlament, seine Vorschläge blieben aber nicht unkritisiert. Cornelia Ernst, Europaabgeordnete der LINKEN, mahnte, dass es nicht bei Worten bleiben dürfe. »Alle Regelungen, die die Staaten der EU nicht verpflichten

oder die Bedürfnisse und Wünsche der Flüchtlinge missachten, sind zum Scheitern verurteilt.«

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel pochte in der zeitgleich

»Es ist höchste Zeit zu handeln, um die Flüchtlingskrise zu managen. Es gibt dazu keine Alternative.«

Jean-Claude Juncker

stattfindenden Generaldebatte des Bundestags auf Verbindlichkeit: »Insgesamt brauchen wir eine verbindliche Einigung über eine verbindliche Verteilung von Flüchtlingen nach fairen Kriterien zwischen allen Mitgliedstaaten.«

Dass diese in weiter Ferne liegt, belegten Nachrichten aus Dänemark und Ungarn. Angesichts

hunderter ankommender Flüchtlinge hat die dänische Bahn ihren Zugverkehr von und nach Deutschland am Nachmittag eingestellt. Die dänische Polizei hatte zuvor Züge mit aus Deutschland ankommenden Flüchtlingen angehalten und an der Weiterreise nach Schweden gehindert.

Mehrere hundert Flüchtlinge haben sich derweil auch am Mittwoch von der ungarisch-serbischen Grenze zu Fuß auf den Weg nach Westeuropa gemacht. Die Menschen liefen entlang der Autobahn nach Budapest. Polizisten begleiteten die Menschen. Am Abend zuvor machten sie regelrecht Jagd auf Flüchtlinge und attackierten sie mit Tränengas, um sie vom Weitergehen abzuhalten. Am Mittwoch gab die ungarische Regierung bekannt, ein Militärmanöver in der Nähe der Grenze zu Serbien unter dem Motto »Entschlossenes Auftreten« zu planen. Mit Agenturen

Seiten 4, 6 und 13

Lufthansa gewinnt, Piloten müssen fliegen

Gericht untersagt Streik, trotzdem viele Flugausfälle

Frankfurt am Main. Die Pilotengewerkschaft Vereinigung Cockpit (VC) muss ihren Streik abbrechen. Das Landesarbeitsgericht Hessen gab einem Eilantrag der Lufthansa statt und änderte damit ein Urteil des Arbeitsgerichts Frankfurt. Die 9. Kammer des LAG folgte der Argumentation der Lufthansa, die VC vorwarf, nicht nur für die Übergangsversorgung der Piloten zu streiken, sondern auch gegen den Konzernumbau. Dabei werden bei der in Österreich ansässigen Lufthansa-Billigtochter Eurowings Piloten deutlich unterhalb des Konzerntarifniveaus beschäftigt. Letzteres sei keine arbeitskampffähige Forderung, der Streik mithin illegal, so das Gericht. Die Tochtergesellschaft Germanwings zog ihren gleichlautenden Antrag vor dem Kölner LAG nach dem Frankfurter Entscheid zurück.

VC-Sprecher Markus Wahl zeigte »kein Verständnis« für das Urteil des LAG. Man müsse jetzt die Urteilsbegründung abwarten. Der Streik sei umgehend abgesagt worden. »Trotzdem muss Lufthansa einsehen, dass man auf diese Art nicht die Probleme mit dem Personal lösen kann«, so Wahl. Vom 13. Streik im seit April 2014 laufenden Tarifstreit, der am Dienstag angefangen hatte, waren am Mittwoch trotz der Absage zehntausende Fluggäste betroffen. Die Lufthansa hatte am Dienstag rund 1000 der 1520 für Mittwoch geplanten Kurz- und Mittelstreckenflüge abgesagt. jme

Kommentar Seite 4

Im Osten mangelt es an politischer Beteiligung

Studie: Geringere Parteienbindung, weniger Bürgerinitiativen

Berlin. 25 Jahre nach der deutschen Einheit ist die Bereitschaft zum eigenen politischen Engagement einer Studie zufolge im Westen größer als im Osten Deutschlands. Auch die Bindung an Parteien sei im Westen stärker ausgeprägt, heißt es in der Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Danach sind 50 Prozent der Westdeutschen nach eigenen Angaben Anhänger einer bestimmten Partei, aber nur 41 Prozent der Ostdeutschen.

Auch die Beteiligung an Bundestagswahlen sei im Osten seit der Einheit durchweg um drei bis acht Prozent niedriger als im Westen, heißt es in der Studie. Bei Landtagswahlen sinke die Wahlbeteiligung in den ostdeutschen Ländern noch stärker als im Westen und liege teilweise unter 50 Prozent. Auch die geringere Zahl von Initiativen für Volksentscheide deute auf ein unterschiedlich großes Interesse an konkreter politischer Beteiligung hin: Im Osten gebe es 4,5 solcher Initiativen je 100 000 Einwohner, im Westen 6,7.

Ähnlich denken Ost- und Westdeutsche laut DIW-Studie über den Sozialstaat: 91 Prozent der Ostdeutschen und 88 Prozent der Westdeutschen sehen ihn in der Pflicht, bei Krankheit, Not und Arbeitslosigkeit für ein Auskommen zu sorgen. Allerdings finden Ostdeutsche häufiger als Westdeutsche die sozialen Unterschiede zu groß und halten Gewinne für eher ungerecht verteilt. epd/nd Seite 7

► Heute auf Seite 10
Gesund leben

Geschubst, gestoßen, gebissen, erschossen – woher kommt die alltägliche Gewalt gegen Ärzte?

ISSN 0323-4940

